

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Mecklen'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Nr. 242.

Neuenbürg, Montag, den 16. Oktober 1922.

80. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 14. Okt. Das Ministerium des Innern hat die Kreis- und Gemeindebehörden jetzt schon angewiesen, alle Vorbereitungen für die Reichspräsidentenwahl mit größter Eile zu treffen. Wird nach dem Vorschlag des Reichspräsidenten Ebert der Wahltag endgültig auf 3. Dezember festgelegt, so kommt für die Auslegung der Wählerlisten und Wahlpartei die Zeit vom 5.—12. November in Betracht und müssen die Listen und Parteien bis spätestens 4. November fertiggestellt sein.

Stuttgart, 14. Okt. Der Ausschuss für Innere Verwaltung nahm Stellung zur Forderung des Gemeindefortschritts durch den Antrag Tagis (SP.) wurde die in dem Entwurf vorgesehene Frist von 6 Monaten auf ein Jahr verlängert. Die Sozialdemokratie wollte die monatliche Frist beibehalten. Bürgervereine und Bauernbund stellten einen Antrag, neben der bisher vorgeschriebenen Sonntagswahl auch noch einen Feiertag als Wahltag zuzulassen. Schließlich wurde ein gemeinsamer Antrag Bürgerpartei-Zentrum-Sozialdemokratie angenommen, wonach die Wahlen an einem Samstag oder Sonntag stattfinden können.

Stuttgart, 14. Okt. Um den Kommunalverordnungen die Erfüllung des Umlagezweckes zu erleichtern und dem augenblicklichen Geld- und Kreditmangel nach Möglichkeit abzuhelfen, hat sich das Reich entschlossen, allen Kommunalverordnungen vorläufig für die Erfassung des ersten Drittels der Umlage auf besonderen Antrag durch Vermittlung der Darlehensstellen für die Beschaffung des zu erfassenden Geldes den erforderlichen Kredit zu bewilligen. Die Höhe des auf Württemberg hiernach entfallenden Kredits wird ungefähr 250 Millionen Mark betragen.

Stuttgart, 14. Okt. Zum ersten Male seit der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien fand am Freitag abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung statt. Nach Besprechung von Herzlich, Eggert, Ehle und Böhmigmann folgten die Ergänzungswahlen zur Parteileitung. Von der bisherigen USP. wurden in den engeren Vorstand die Genossen Pfeiffer, Großhans, Ehle und Gröbinger, in den erweiterten Vorstand Sitzmaier, Röder, Korolch, H. Müller, Schumann, Langardt und Wetz, in die Frauengruppe die Genossinnen Wenzel, Wendler und Burtgardt gewählt. Der Wochenbeitrag wurde einstimmig ohne Debatte und unter lebhaftem Beifall auf 10 Mark für männliche, 5 Mark für weibliche Mitglieder festgesetzt. Das Eintrittsgeld beträgt 3 Mark. Beschäftigten, Arbeiter, Sozialrentnern usw. wird eine Ermäßigung des Beitrags gewährt.

Berlin, 13. Okt. Der Reichspräsident hat folgende Mitglieder des Reichsgerichts nach Wegnahme des Reichsgesetzes über die Befreiung der Beamten zum Schutze der Republik zu Präsidenten und zu Mitgliedern des Reichsdiskretariatshofes in Leipzig ernannt: zu deren Stellvertretern ernannt: 1. zum Präsidenten den Vorsitzenden des Reichsgerichts Dr. Simons, 2. zu seinen Stellvertretern die Senatspräsidenten Dr. Sagens, Dr. Schmidt, Dr. Wetz und Dr. Wansfeld, 3. zu Mitgliedern des Reichsgerichtshofes die Richter und Dr. Baumgarten, 4. zu deren Stellvertretern die Richter Dr. Jeller, Böhm, Dr. Banniger, Dr. Riess, Müller, Rosenfeld, Dr. Wetz und Sahn. Folgende Beurlaubte zum Reichsdiskretariatshof ernannt worden: 1. zu Mitgliedern Staatssekretär im Reichsministerium Dr. Wetz, der bayerische Gesandte in Berlin, Dr. Bräuer, 2. zu deren Stellvertretern der sächsische Gesandte in Berlin Dr. Bräuner, der württ. Ministerialdirektor Dr. Red in Berlin, der bairische Gesandte in Berlin, Dr. Wetz, der thüringische Staatsminister Dr. Wetz, der sächsische Gesandte in Berlin, Dr. Wetz, der mecklenburgische Ministerialdirektor Dr. Tischbein und der brennswigische Gesandte Dr. Boden.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 14. Okt. In seiner letzten Sitzung dieser kurzen Beschäftigung nahm der Landtag zunächst das Gesetz über die Gewährung eines Darlehens an den Verein Württ. Zeitungsbesitzer gegen die Stimmen der Kommunisten und einiger Bauernbündler samt den Ausschussanträgen an, die dahin gingen, bei der Reichsregierung eine Denunziation der Ausführungspläne für die Unterzeichnung der Verträge und eine Erhöhung der Einlage in die Papierfabrik sowie eine frühere Ausdehnung der Forderungsbekämpfung zu verlangen. Ein kommunikativer Antrag Schmid, das gesamte Anzeigenwesen zu verstaatlichen, wurde abgelehnt. Eine ziemlich umfangreiche Debatte entspann sich dann aus der 2. und 3. Lesung des Gesetzes über die Veränderung des Gemeindefortschritts. Von (Str.) erklärte den Bericht des Ausschusses für innere Verwaltung, der die Amtsblattfrist von 6 Monaten auf 1 Jahr herabsetzte. Bei keinem Wahlen, wo nur ein Wahlverschiebung eingebracht wird, sollen auch Personen, die nicht auf dem Vorschlag stehen, gewählt werden. Auch der Samstag soll als Wahltag gelten. Demgegenüber beantragte Winkler (Soz.) Streichung der Amtsblattfrist, Stetter (Komm.) Streichung jeder Veränderung der Wahlberechtigung. Wählervereine (Dem.) empfahl für Kommunalwahlen den Samstag. Minister Graf hatte sich gegen alle Änderungen zu wehren und verzichtete energisch den Gedanken, daß jeder zufällig in einer Gemeinde Anwesende sich an den Gemeindefortschritt beteiligen könne. Im übrigen habe sich kein Mensch gegen die Sonntagswahl ausgesprochen. Stetter (Komm.) stellt mit Unterstützung von Ulrich (Soz.) den Antrag, holländische Gesandten zu Gemeindefortschritt zuzulassen. Der Antrag Stetter wurde abgelehnt, desgleichen der Antrag Winkler. Der Ausschussan-

trag auf Zulassung der Samstagwahl wurde gegen die Stimmen der Soz. und Komm. angenommen. Bei der 3. Beratung fand aber in namentlicher Abstimmung mit 47 gegen 32 Stimmen ein Antrag Ulrich (Soz.) auf Verlängerung der Wahlzeit am Samstag bis 8 Uhr abends Annahme und so wurde schließlich das ganze Gesetz in der Fassung des Ausschusses angenommen. Nächste Sitzung unbestimmt.

Eine 2 Millionenpende für die Studentenhilfe der badischen Hochschulen.

Staatspräsident Dr. Dummel hat 2 Millionen Mark, die ihm namens des schweizerisch-deutschen Hilfskomitees durch den deutschen Gesandten in Bern, Dr. Adolf Müller, überreicht worden sind, an die Studentenhilfe der drei Hochschulen in Heidelberg, Freiburg und Karlsruhe überwiefen. Dr. Dummel wird in die badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen eintreten und seinen Wohnsitz in Heidelberg nehmen.

Die kleinste Republik der Welt?

München, 14. Okt. Wie die „Allgäuer Zeitung“ meldet, ist in Deutschlands Süden eine neue Republik im Entstehen begriffen, die wohl die kleinste der Welt bilden dürfte. Das Bistum in südlichen Allgäu ist nicht nur seiner landwirtschaftlichen Schönheiten wegen, sondern auch als geographische Markungswirtschaft bekannt, weil es zwar politisch zu Oesterreich gehört, wirtschaftlich aber durch hohe Vergütungen vollkommen von Oesterreich abgetrennt ist. Die Bewohner des Tales, etwa 2500 Menschen, beabsichtigen sich nun wieder selbständig zu machen und eine von Oesterreich unabhängige Republik zu gründen. Die Zustimmung Englands und Frankreichs soll bereits vorliegen. Die Angelegenheit hätte demnächst den Völkern und zu beschließen.

Kandgebund gegen die Vergewaltigung Südtirols.

München, 14. Okt. Eine Volkskandgebund, wie sie der Festsaal des Hofbräuhauses wohl noch nicht gesehen hat, fand gestern abend gegen die Vergewaltigung Südtirols statt. Es sprachen vier Vertreter Tirols, die Angelegenheiten der Untertanen der Kaiserin gewesen waren. Die sämtlichen Redner appellierten an Bayern und Deutschland. Das Ergebnis war die einstimmige Annahme folgender Entschlüsse: Die am 13. Oktober im Festsaal des Hofbräuhauses versammelten Kandgebunden protestieren feierlich gegen die vollkommene nationale Entrechtung der wehrlos gemachten deutschen Bevölkerung Südtirols, die nur um deswillen, daß sie deutsch ist und deutsch bleiben will, von unheimlichen, schrecklichen Händen unter Duldung der italienischen Regierung in Eigentum und Freiheit bedroht, ihres Volkstums beraubt und in der Entfaltung ihres nationalen Lebens behindert werde. Sie protestieren gegen die Verletzung der Gemeindefortschritt durch die Abziehung des verdienten Bürgermeisters Dr. Berattiner und durch die Ermordung der Abgeordneten der Gemeinderäte. Sie protestieren gegen die Beschneidung des Nationalen durch die Entziehung der erbauten Elisabethensänke durch die Faschisten, sie protestieren gegen den von diesen angeordneten Einfall in Nordtirol und in fest entschlossen, wenn an irgend einem deutschen Bürger Südtirols eine Unthat geschieht, schärfste Vergeltung zu üben. Dieser Ruf nach Vergeltung soll im ganzen Deutschen Reich Widerhall finden. Das italienische Volk soll wissen, daß es für dauernd unser Feindes sein werden, wenn es fortfährt, unseren Brüdern an der Eise des vorzunehmenden, was es feierlich verurteilt hat, nämlich nationale Freiheit und Selbstbestimmung.

Graf Verchenfeld beim Reichspräsidenten.

Berlin, 14. Okt. Der bayerische Ministerpräsident Graf Verchenfeld, der seit einigen Tagen in Berlin weilte, hatte gestern eine längere Unterredung mit dem Reichspräsidenten. Bei der Gelegenheit ist auch die Frage des bairischen Gesandtenpostens besprochen worden, und es heißt trotz den neuereichen amtlichen Dementis noch immer, daß Herr v. Dantel nach München gehen soll. Kompliziert wird die Sache dadurch, daß auch Herr v. Simson, der andere Staatssekretär des auswärtigen Amtes, jetzt anscheiden soll. Es wird von amtlicher Stelle übrigens berichtet, daß für die Nachfolge des Herrn v. Simson weder Herr Silberding noch Herr Weitzschel in Betracht käme.

Die Regierung besteht auf Renewal des Reichspräsidenten.

Berlin, 14. Okt. Die „Dena“ gibt eine Darstellung über die Haltung der Deutschen Volkspartei, die sich im wesentlichen mit der unterigen deckt. Sie berichtet dann aber nach, daß Stresemann und Herr v. Kammer gestern beim Reichskanzler vorgeschrieben hätten, um ihm nochmals die Gründe vorzutragen, welche der Deutschen Volkspartei im Moment eine Renewal des Reichspräsidenten nicht opportun erscheinen lassen. Herr Dr. Weitzschel ist aber anderer Ansicht gewesen und hat gemeint, daß die vom Präsidenten gewünschte Renewal so bald wie möglich folgen müsse, hat dann auch die Fassung angeprochen, daß die Volkspartei, entgegen den geäußerten Beschlüssen ihres Vorstandes, sich doch noch eines anderen Beschlusses werde. Der Kanzler hat — immer nach derselben Quelle — dann eine Unterredung mit dem Reichspräsidenten gehabt, in welcher er diesem die Stellung der Deutschen Volkspartei bekannt gab. Reichspräsident und Kanzler seien sich dabei völlig einig gewesen, daß vor allem für das augenblickliche Ansehen der Republik wie auch für die innerpolitische Konsolidierung die Heranziehung der Deutschen Volkspartei zu einer Kandidatur der vier Parteien und zur Mitwirkung im Kabinett notwendig sei. Somit dürften die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei und den übrigen Parteien noch einige Schwierig-

keiten bieten. Die von sozialistischer Seite informierte Korrespondenz hofft aber, es würde gelingen, den 3. Dezember als Termin der Präsidentenwahl festzuhalten. Bemerkenswert ist aber, daß die parteilose Zentralparlamentarische Kommission in ihrer neuesten Nummer gleichfalls die Argumente entwickelt, die gegen eine Dezemberwahl sprechen. Sie schlägt ihre Darlegungen, nachdem sie als möglichen Ausweg die Wahl durch den Reichstag hingestellt hat — die aber doch zunächst nach einer Veränderung der Verfassung erforderlich machen würde — mit den Sätzen: „Mögen die Gründe, die Ebert für den 3. Dezember als Wahltag hat, noch so treffend sein, es beginnt sich eine Sachlage zu entwickeln, der gegenüber eine Aufschübung der Wahl doch noch als kleineres Übel ihm selbst zuzurechnen könnte.“ Inzwischen ist Herr Dertig in einer vom Reichspräsidenten ausgeschiedenen Volkspartei einberufenen Versammlung für die Kandidatur Hindenburgs eingetreten. Die Deutschnationalen hätten aber nur davon geredet, Hindenburg als Parteikandidaten aufzustellen. Aus dem Volke müßte der Ruf nach einem unpolitischen Präsidenten erschallen.

Neuerung im Eisenbahnverkehr.

Nach einem Erlaß der Reichsbahndirektion Stuttgart wird vom 15. Oktober ab auf sämtlichen württembergischen Stationen nicht mehr abgerufen.

Gegen Bivianis Brechebung.

Berlin, 13. Okt. Freiherr v. Kamberg, der Herausgeber der Schrift „Die Fälschungen des russischen Urangebots“, äußerte sich einem Vertreter des WZB gegenüber zu den Bemerkungen des Herrn Biviani über dessen Veröffentlichungen u. a.: Wenn Herr Biviani glaubt, Deutschland habe den Zustand der Kriegsgefahr erklärt, bevor es von der russischen Mobilisierung Kenntnis hatte und die Erklärung des Zustandes der Kriegsgefahr bedeute für alle ersten Leute das, wie die Mobilisierung, so ist dazu zu bemerken: In Wirklichkeit ist die Meldung von der russischen Gesamtmobilisierung im Auswärtigen Amt in Berlin am 31. Juli 1914 um 11.40 Uhr eingegangen (Deutsches Dokument 479). Erst dann wurde um 1 Uhr nachmittags die Erklärung drohender Kriegsgefahr erlassen, was aber nicht die Mobilisierung bedeutet. Der deutschen Regierung der Erklärung des drohenden Kriegszustandes entspricht in Russland der Beginn der Kriegsvorbereitungsperiode, der bekanntlich auf den 26. Juli fiel und in Frankreich die „ordre de depart en consécration“, die in Paris schon am 26. Juli ausgegeben wurde. Hieraus geht hervor, daß Deutschland zu allererst zu den Kriegsvorbereitungen schritt. Was die Zurückziehung der französischen Truppen um 10 Kilometer von der Grenze, die am 30. Juli erfolgte, betrifft, so will ich darauf hinweisen, daß man seit dem 29. Juli von Paris aus ununterbrochen dem russischen Bundesgenossen die französische Waffenhilfe in Aussicht stellte und ihn dadurch auf dem Wege zum Loslöschen vorwärts trieb, daß man ihn jedoch ermahnte, seine Kriegsvorbereitungen geheim zu halten und zugleich in London nachdrücklich auf die ernsthafte Truppenzurückziehung aufmerksam machte. Herr Biviani dürfte m. E. bei seiner Auffassung der Tatsachen die entscheidende Tatsache nicht vergessen, nämlich die allgemeine russische Mobilisierung, die ausgedrückt in dem Augenblick eintrat, wo sich eine deutsche Ansicht auf friedliche Verständigung zeigte. Daß diese Voraussetzung den Krieg bedeutete, das wird unter ersten Leuten sicher nicht bestritten und entspricht auch der französischen Auffassung.

Ausland.

Zwischenfälle an der Tiroler Grenze.

In Steinach, das also noch auf österreichischer Seite liegt, drangen, wie aus Rom gemeldet wird, eine Anzahl Innsbrucker Studenten in eine italienische Villa, angeblich mit vorgehaltenen Revolvern, ein und zwangen 3 italienische Beamte zum Verlassen des Ortes und zur sofortigen Rückreise über die Grenze. Ob diese Darstellung, die sich offenbar auf italienische Blätter stützt, richtig ist, möchte uns noch einigermaßen zweifelhaft erscheinen. Das gilt namentlich von den vorgehaltenen Revolvern. Der Südtiroler Abgeordnete Walter hatte, nach berelichten Quelle, eine Unterredung mit de Facta. Er protestierte gegen die Aufhebung der Tiroler Autonomie und beantragte die Wiederherstellung des Zustandes vor den vögenen Vorgängen.

Frankreich gegen Bradburys Reparationsplan.

Der Plan des englischen Vertreters in der Reparationskommission, Bradbury, der die Gewährung eines fünfjährigen Moratoriums an Deutschland vorschlägt und wohl geeignet wäre, Deutschland die „Altenause“ zu gewähren, deren es bedarf, um seine Finanzen frei von allen Zahlungsbetrüffungen gegenüber den Alliierten, in Ordnung zu bringen, und der zugleich die erste Voraussetzung der hierzu unbedingt notwendigen internationalen Anleihe wäre, findet, wie von Anfang an zu erwarten war, nicht die Zustimmung der französischen Reichsbank. Sie verworfen ihn, noch ehe sie ihn richtig geprüft haben und schneiden durch ihre Stellungnahme die Erörterung des Planes in der Reparationskommission von vorn herein ab. Damit bewirkt sie nur auf neue, daß es ihnen nach der militärischen Vernichtung Deutschlands nur auf seine finanzielle und wirtschaftliche Zerstörung ankommt.

Die Sanagsagentur veröffentlicht folgende offizielle Mitteilung: Unter dem Vorbehalt des Ministerpräsidenten fand heute vormittag eine Konferenz statt, um über die Haltung zu beraten, die die französische Regierung anlässlich des Wankens und seiner Folgen für die Reparationszahlungen einnehmen



solle. Der Vorschlag, den Sir John Bradbury der Reparationskommission übermitteln hat, bildete den Gegenstand einer eingehenden Prüfung. Der Teil des Vorschlags, der den Plan einer Finanzreform enthält, sieht tatsächlich umfangreiche Maßnahmen vor, deren Wirkung ganz besonders von dem guten Willen des Deutschen Reiches abhängt. Es handelt sich um ein Unternehmen auf lange Sicht, von dem man erst in Zukunft Ergebnisse erwarten kann. Der positive Vorschlag, der den Antrag begleitet, und der ein Memorandum für Deutschland auf fünf Jahre für alle seine Verbindlichkeiten vorsieht, erscheint schon heute als unannehmbar für die französische Regierung, denn er greift der Zukunft und dem Gedeihen Deutschlands für einen zu langen Zeitraum vor, ohne daß die Alliierten in dieser Beziehung irgend eine ernsthafte Grundlage der Beurteilung besitzen. Im allgemeinen hat sich die übrige Stellung der französischen Regierung seit der Londoner Konferenz im August d. J. nicht geändert. Wie erinnerlich, hatte damals die französische Delegation in Paris eine umfassende Regelung der Reparationsfrage vorbereitet und dabei eine Verabreichung der deutschen Schuld mittels Ausgleichs mit den interalliierten Schulden vorgeschlagen. Die Valsour-Note, die von den Alliierten die Rückzahlung ihrer Kriegsschulden bei England verlangte, verhinderte die Vollziehung seines Planes vorzulegen. Aber man ist übereingekommen, daß später, und zwar vor Jahresabschluss, eine Konferenz zusammenzutreten soll, um über die Reparationsfrage im umfassendsten Sinne des Wortes zu beraten. Die Erörterungen in London bezogen sich also ausschließlich auf das Memorandumgesetz Deutschlands und angeht die Uneinigkeit der alliierten Regierungen wurde die zu treffende Entscheidung der Reparationskommission überlassen. Diese gewährte Deutschland die Möglichkeit, sich seiner herabgesetzten Zahlungsverpflichtung für 1922 durch ausgedehnte Zahlungen in Form von Belgien zu übergebenden Wechseln und von der Reichsbank zu liefernden Garantien zu entledigen. Da die Reparationskommission nur eine vorläufige Entscheidung getroffen hat, die sich ausschließlich auf die Zahlungen für 1922 bezieht, und da sie sich über die von Deutschland zu fordernde Finanzreform nicht entschieden hat, sieht die Kommission von neuem vor derselben Frage. Indessen wird es logisch erscheinen — und dieser Ansicht haben sich zweifellos auch die beteiligten französischen Kreise angeschlossen — daß jede Entscheidung der Reparationskommission in dieser Beziehung aufgeschoben wird, bis die alliierten Regierungen die gesamte Reparationsfrage auf der Brüsseler Konferenz, die Ende November oder spätestens Anfang Dezember zusammenzutreten soll, wenn nicht geregelt, so doch wenigstens geprüft haben.

Deutsches Eisenbahnmateriale von Frankreich an Polen verkauft.
Nach einer Warschauer Meldung des Ozeanposters liegt dem polnischen Kabinett der Entwurf eines Vertrags über den Verkauf eines Teils des seinerzeit von Deutschland an Frankreich abgelieferten rollenden Materials vor. Es handelt sich um 110 Lokomotiven und um 4800 Eisenbahnwagen. Das ist das Material, welches 1918 uns unter der Parole des Erfahres für das von Deutschland im Kriege zerstörte französische Material abgewehrt wurde.

Wiederum 12 Todesurteile in Sowjetrußland.
Aus Reval wird geschrieben: Das Revolutionstribunal von Cherson hat von 72 Angeklagten, die der antisowjetischen Organisation des Erzengel Michael angehörten, 12 zum Tode durch Erschießen verurteilt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 16. Okt. (St. Gallus). Der St. Gallus (16. Okt.), der an den Todestag des Stifters des Klosters von St. Gallen erinnert, wird als Wendepunkt in der Mitte des Oktobers besonders beachtet. Auch an diesen Tag knüpfen sich allerhand Bauernregeln. Auf St. Gallen tag man den Nachsommer erwarten mag. Das wäre nur zu wünschen, denn nichts wie trübe und regnerische Tage sind uns seit Wochen bescheert und die Herbstnebel ziehen über die Höhen und durch die Täler. Da der St. Gallus tag in die Zeit fällt, in der der Winter mit dem Sommer ringt, so hat auch gerade diese Zeit Veranlassung zu manchem Aberglauben gegeben. Im Oldenburgischen und Friedländischen ist man der Meinung, daß an diesem Tage nicht gesät werden darf, und die Kinder die um diese Zeit geboren werden, werden in ihrem späteren Leben drei Tage vorher

Der Schimmelreiter

Roman von Theodor Storm.
— „Weiß nicht, Carsten, wenn's nur ein richtiges Pferd ist.“
„Ja, ja, Doen; sieh nur, es steht ganz wie ein Pferd! Aber wer hat's dahin gebracht; wir haben im Dorf so große Wälder gar nicht! Vielleicht auch ist es nur ein Schaf; Peter Ohm sagt, im Wonnedschein wird aus jeder Lorringeln ein ganzes Dorf. Reiz, sieh! Run springt es — es muß doch ein Pferd sein!“
Beide standen eine Weile schweigend, die Augen nur nach dem gerichtet, was sie drüben undeutlich vor sich geben sahen. Der Mond stand hoch am Himmel und beschien das weiße Wattenmeer, das eben in der steigenden Flut seine Wasser über die gläsernen Schlachtfelder zu spülen begann. Nur das leise Geräusch des Wassers, seine Tierstimme war in der ungewohnten Weise hier zu hören; auch in der Nacht, hinter dem Deiche, war es leer; Rufe und Rinder waren alle noch in den Ställen. Nichts regte sich; nur was sie für ein Pferd, einen Schimmel, hielten, schien dort auf Jeterschlag noch beweglich. „Es wirt heiser“, unterbrach der Knecht die Stille; „ich sehe deutlich die weißen Schafgerippe schimmern!“
„Ich auch“, sagte der Junge und reckte den Hals; dann aber, als konnte es ihn plötzlich, zupfte er den Knecht am Kinnel. „Doen“, räumte er, „das Pferdgerippe, das sonst dabei lag, wo ist es? Ich kann's nicht sehen!“
„Ich seh es auch nicht! Selbst!“ sagte der Knecht.
— „Nicht so kühn, Joes! Wänter, ich weiß nicht, in welchen Röhren, sollen die Knochen sich erheben und tun, als ob sie lebig wären!“
„So?“ machte der Knecht; „das ist ja Altwelbergslanbe!“
„Nun ja, Doen“, meinte der Junge.
„Über, ich mein, du sollst mich holen; komm, wir müssen noch hinaus! Es bleibt hier immer noch daselbe.“

oder nachher Nachwanbler werden. Auch mit dem Erwerb der Ernte wird der St. Gallus tag in Verbindung gebracht. So heißt es: Auf St. Gallus tag muß jeder Apfel in den Sack; oder: Auf St. Gallus tag muß das Kraut herein, sonst schneien Simon und Jütt (28 Okt.) hinein.
Neuenbürg, 6. Okt. (Zahl bar.) Es häufen sich die Klagen der Kaufleute und Handwerker über das wieder mehr und mehr zunehmende Vorkommen. Um die Rundschaft nicht zu verlieren, muß der Gewerbetreibende in den meisten Fällen davon absehen, zu schroffe Mittel säumigen Kunden gegenüber anzuwenden. Er selbst muß seine Waren und sein Material zur Zeit stets bar bezahlen, ja sogar Voranzahlungen schon bei der Auftragserteilung machen. Stehen nun seine Guthaben zu lange im Buche, so ist es ihm unmöglich, mangels verfügbarer Mittel, den nötigen Materialerwerb sich rechtzeitig zu verschaffen. Außerdem erleidet der Gewerbetreibende ganz empfindliche Verluste durch die derzeitige, unheimliche Geldentwertung. Die Kaufkraft einer Schuldforderung, über welche der Geschäftsmann heute verfügen kann, ist eine ganz andere, als wenn sie ihm erst in 14 Tagen oder gar in Monaten zu Gebote steht.

Neuenbürg, 16. Oktober. Für deutsche Mädchen, die Sehnsucht haben nach dem holländischen Guldenparadies, mögen nachstehende Angaben aus einem untern 2. Oktober aus Holland abgefassten Brief eines älteren Mädchens interessant sein, das vorher in Deutschland Köchin war: „Habe hier in Holland furchtbar durchgemacht; man macht sich in Deutschland keinen Begriff, wie hier die Verhältnisse sind und wie schwer unsere deutschen Mädchen hier durchkommen und die Gehässigkeit der holländischen Herrschaften, wie sie zum größten Teil die deutschen Mädchen ausnähren; das Blut bis auf den letzten Tropfen würden sie uns auslaugen, wenn sie könnten; die wenigen Gulden, die sie für die viele und schwere Arbeit bezahlen müssen, müßten sie uns noch und sind doch so schrecklich teuer verdient. Die holländische Sprache lerne ich nie. Liebe Schwester, bete für mich, daß ich eine Stelle finde, wo ich auch etwas verdienen kann und dann bald wieder nach Deutschland zurück kam; habe in dem halben Jahre schon vier Stellen gehabt, eine schändlicher wie die andere, daß meine Arme fast lahm gewerkt sind; ich sage bald jeden Tag: lieber Gott! laß mir doch meine Arme noch, daß ich noch was verdienen kann. Es gibt wenige Mädchen hier, die gute Stelle haben.“

Wirtensfeld, 14. Okt. Es steht doch noch ein guter Kern in unserem Volk. Die wertvolle Hilfeleistung ist gottlos noch nicht angezweifelt. Dies zeigte die am letzten Sonntag von Herrn Schultheiß Fajler veranstaltete Veranstaltung zugunsten der „Mittelschule“. Geplant war ein Brombeerenkonzert mit Blumenverkauf. Ersteres mußte wegen der Unannehmlichkeit der Witterung ausfallen. Dafür konzentrierte die Frauenvereine am Abend im Hotel „Schwarzwaldbad“. Außerdem wurde eine Hausammlung veranstaltet, welche 16 800 Mark ergab. Dazu kommen noch die Einnahmen vom Konzert und Klammertag, so daß die Gesamtsumme 41 000 Mark ergab. An Naturalien wurden ebenfalls schöne Beträge gesammelt. Selbstverständlich werden noch weitere Gaben dankbar entgegengenommen.

Württemberg.

Schönmünzach, 15. Okt. (Unter die Räder). Der Bauarbeiter Karl Keller wollte ein nach Raunmünzach fahrendes Fuhrwerk als Fahrgelächter benutzen, wobei er sich zwischen die beiden zusammengehängten Stockholzwagen hineindrängte. Er kam zu Fall und die Räder gingen dem Unglücklichen über Kopf und Arme, so daß er auf der Stelle tot blieb.

Stuttgart, 14. Okt. (Mithilfe der Schuljugend bei den Herbstarbeiten). Die ungünstige Witterung der letzten Wochen hat die Herbstarbeiten, vor allem die heuer besonders wichtige Kartoffelernte, außerordentlich erschwert und verzögert und der Mangel an Arbeitskräften macht sich unter diesen Umständen besonders fühlbar. Es erschien daher unerlässlich, der Landwirtschaft die Mithilfe der Schuljugend

Der Junge war nicht fortzubringen, bis der Knecht ihn mit Gewalt herumgedreht und auf den Weg gebracht hatte. „Hör, Carsten“, sagte dieser, als die gespensterhafte Helligkeit schon ein gut Stück im Rücken lag, „du willst ja für einen Altwelbergslanbe; ich glaub, du möchtest das am liebsten selber unterfuchen!“
„Ja“, entgegnete Carsten, nachträglich noch ein wenig schaudernd, „ja, das möchte ich, Joes!“
— „Ist das dein Ernst?“ — „denn“, sagte der Knecht, nachdem der Junge ihm nachdrücklich darauf die Hand gehalten hatte, „lösen wir morgen abend unser Boot; du fährst nach Jeterschlag; ich bleib solange auf dem Deiche stehen.“
„Ja“, erwiderte der Junge, „das geht! Ich nehme meine Peitsche mit!“
„In das!“
Schweigend kamen sie an das Haus ihrer Herrschaft, zu dem sie langsam die hohe Weite hinanzogen.

Um dieselbe Zeit des folgenden Abends lag der Knecht auf dem großen Steine vor der Stalltür, als der Junge mit seiner Peitsche knallend zu ihm kam. „Das pfeift ja wunderbar!“ sagte jener.
„Freilich, nimm dich in acht“, entgegnete der Junge; „ich hab auch Riegel in die Schnur geschloßen.“
„So komm!“ sagte der andere.
Der Mond stand, wie gestern, am Osthimmel und schien klar aus seiner Höhe. Bald waren beide wieder draußen auf dem Deich und sahen hinüber nach Jeterschlag, die wie ein Reibekell im Wasser stand. „Da geht es wieder“, sagte der Knecht; „nach Mittag war ich hier, da war's nicht da; aber ich sah deutlich das weiße Pferdgerippe liegen!“
Der Junge reckte den Hals: „Das ist jetzt nicht da, Joes“, flüsterte er.
„Nun, Carsten, wie ist's?“ sagte der Knecht. „Duch's dich noch, hinüberzufahren?“
Carsten begann sich einen Augenblick; dann kniffte er mit seiner Peitsche in die Luft: „Nur das Spot los, Joes!“
Drüben aber war es, als habe, was dorten ging, den Hals und reckte gegen das Festland hin den Kopf. Sie sahen

für diese Arbeiten noch in erheblichem weitem Umfang sonst zur Verfügung zu stellen. Das Ministerium des Innern- und Schulwesens hat durch eine Bekanntmachung Sorge getroffen, daß durch weitgehende Gewährung von Mitteln an einzelne Schüler und durch Wegfall des Mittagsunterrichts, bei wirklicher Notlage in den ländlichen Schulen auch durch Ansetzung weiterer Ferientage nach Ablauf der ordentlichen Herbstferien dem vorliegenden Bedürfnis in jedem durch die Verhältnisse gebotenen Umfang Rechnung getragen werde. Die Organisationen der Mithilfe in ländlichen Schulen bei den Herbstarbeiten wäre angesichts der Kürze der Zeit eine fast unlösbare Aufgabe.

Stuttgart, 14. Okt. (Neue Bierpreiserhöhung). Die Brauereiarbeiter haben mit Wirkung vom 29. September durch Schiedspruch eine Lohnerhöhung erhalten, aber wurden die Gehälter der Angestellten erhöht. Infolgedessen wird voraussichtlich ab 1. November eine neue Bierpreiserhöhung erfolgen.

Stuttgart, 14. Okt. (Behebung der Zahlungsmittelknappheit in Württemberg). Die Vereinigung Württ. Banken und Bankiers hatte zur Behebung der Zahlungsmittelknappheit die Ausgabe von Notgeld beabsichtigt. Sie erhielt aber von der zuständigen Behörde die Genehmigung nicht, da das Reichsbankdirektorium zugesagt hat, bis Ende nächster Woche Reichsbank Stuttgart größere Zahlungsmittelbestände zur Verfügung zu stellen. Auch für das Monatsende werden für das württ. Wirtschaftsgebiet größere Notenlieferungen bereit gestellt.

Stuttgart, 14. Okt. (Reine löst 50 Pf. Scheine mit). Die Stuttgarter Stadtgeldscheine zu 50 Pfennig, ausgegeben in den Jahren 1921 und 1922, werden aus dem Verkehr gezogen und bis spätestens 14. November von der Staatskasse zum Nennwert eingelöst. Nach dieser Zeit sind die Geldscheine ungültig.

Stuttgart, 15. Oktober. (Kriegsgefangenenheimkehr). Heute nachmittag wurde ein Transport von 7 deutschen Kriegsgefangenen aus Toulon erwartet und es waren die Vorbereitungen zu einem feierlichen Empfang und zu einer Begrüßungsfeier getroffen. Doch in letzter Stunde ließ die Kriegsgefangenenstelle mit, daß die erwarteten Kriegsgefangenen laut Meldung aus Mannheim nicht rechtzeitig eingetroffen seien. Voraussichtlich kommt nun am Morgen ein verstärkter Transport an.

Heilbronn, 15. Okt. (Aussperrung.) Im Karosseriewerk Drauz u. Co. kam es am Freitag nachmittag zu Differenzen zwischen dem Firmeninhaber und der Belegschaft. Letztere hatte schon vor vierzehn Tagen die Einberufung einer Betriebsratsitzung verlangt, was jedoch laut „Neckar-Schau“ von der Firma abgelehnt wurde. Als nun am Freitag die Belegschaft dringend die Erfüllung ihres Verlangens forderte, stellte die Firma der Belegschaft ein Ultimatum von 5 Minuten und schloß hernach den Betrieb.

Geislingen a. St., 15. Okt. (Notstandsmaßnahmen.) In der letzten Gemeinderatssitzung wurde der Stadtrat für einen Betrag von 2 Millionen Mark für Notstandsmaßnahmen bewilligt. Nach einer ungefähren Schätzung kommen für Kartoffel-, Brennmaterialien und Milchbeihilfe 700 000 Mark in Betracht. Für die Bedürftigen werden 1500 Zentner Kartoffel und ganzem oder teilweise Nachschub des Preises zur Verfügung gestellt und 300 000 Mark für Kohle und Brot.

Schuffenried, 14. Okt. (Ausgrabungen). Die Ausgrabungen im Ried haben nach Abdrückung des Schutts die wohl erhaltenen Reste zweier übereinander liegende Siedlungen der jüngeren Steinzeit aufgedeckt. Zu unterst liegen Pfahlhäuser, darüber kleinere Moorhütten. Bauten aus beiden Siedlungsperioden sind aufgedeckt, ein lehrreiches Profil gibt Aufschluß über die bewegte Geschichte dieses so wichtigen Fleckens; schöne Funde vervollständigen das Kulturbild.

es nicht mehr; sie gingen schon den Deich hinab und bis zur Stelle, wo das Boot gelegen war. „Run, sieh nur ein!“ sagte der Knecht, nachdem er es losgerunden hatte. „Ich bleib, bis du zurück bist! Zu Osten mußst du anlegen; da hat man immer landen können!“ Und der Junge nickte schweigend und fuhr mit seiner Peitsche in die Mondnacht hinaus; der Knecht wanderte unterm Deich zurück und bestieg ihn wieder an der Stelle, wo sie vorher gestanden hatten. Bald sah er, wie drüben bei einer schroffen, dunklen Stelle, an die ein dreierlei Pfeil hinanzuführte, das Boot sich befestigte und eine unterlegte Gestalt daraus ans Land sprang. — War's nicht, als Kniffte der Junge mit seiner Peitsche? Aber es konnte auch das Geräusch der steigenden Flut sein. Mehrere hundert Schritte nordwärts sah er, was sie für einen Schimmel angesehen hatten; und jetzt! — ja, die Gestalt des Jungen kam gerade darauf zugegangen. Run hob es den Kopf, als ob es stutzte; und der Junge — es war deutlich jetzt zu hören — kniffte mit der Peitsche. Aber — was fiel ihm ein? er lehnte um, er ging den Weg zurück, den er gekommen war. Das drüben schien unerblicklich fortzuweichen, kein Wieder war von dort zu hören gewesen; wie weiße Wasserstellen schien es mitunter über die Erscheinung hinzuziehen. Der Knecht sah wie gedankt hinüber.
Da hörte er das Anlegen des Bootes am diesseitigen Ufer, und bald sah er aus der Dämmerung den Jungen gegen sich am Deich heranzugehen. „Run, Carsten“, fragte er, „was war es?“
Der Junge schüttelte den Kopf. „Nichts war es!“ sagte er. „Roch kurz vom Boot aus hatte ich es gesehen; dann aber, als ich auf der Hallig war — weiß der Henker, wo sich das Tier vertrocknet hatte; der Mond schien doch hell genug; aber als ich an die Stelle kam, war nichts da als die bleichen Knochen von einem halben Dutzend Schafen, und etwas weiter lag auch das Pferdgerippe mit seinem weißen, langen Schädel und ließ den Mond in seine leeren Augenhöhlen scheinen.“
„Nun!“ meinte der Knecht; „hoff auch recht zugehoben?“
„Ja, Joes, ich hab's dabei; ein gottvergessener Kleiner, der hinter dem Gerippe sich zur Nachtruhe hingebeugt hatte, flog schreiend auf, doch ich erschrock und ein paar mal mit der Peitsche kniffte.“
„Und das war alles?“
„Ja, Joes; ich weiß nicht mehr.“ (Fortsetzung)

Karlruhe, 13. Aufregung, als am Heifer von seinem Der Bürgermeister 1. Gastermeister 1. Alberten nicht gut mit ein über „tatkräftig“, Be Ten letzten Anlaß s sein Auszug aus d von Wetter wegnahm somit es nach der n Wetter in große Erro durch einen mit feine geschloßenen Nut durch die schlechte legte fühlte. Sein gen und beschimpft ihrem Schwelgerjobn ler mit Scheltworten einem befinden Strei warte er zufällig an gab ihm den Gedant nahm auf und t Schrottschüsse. Vor d Kaufmann in großer tigen Gemütsdrüben fand nach dem Jagt daß sowohl Wetter w von Wetters Mutter gefiel. Nach acht auf vorläufige Tötun Urteil lautete auf 3½

Freiburg, 12. Okt. In letzter hier zu Freidominin Halbwaide, d Berlin Schmudschaden durch die weiteren überführt, in den lch St. Heidelberg und H Heils und Lokalen d der Leute ist beigebr

Breisach, 12. Okt. In letzter Abende mit wir nach Deutschland einen neuen Anzug i mußte den vierfachen wlegen, die Rückreis er sich aus Freiburg

Breisach, 13. Okt. Landwirt Georg Jalo fällung zu 3000 Ma 2000 Mark Geldstrafe im Wein 30 Prozen des Schöffengericht de Reich und den Kaufma Mark Geldstrafe, die unter Umgehung des wch zu bringen.

Schönbühl, 12. Okt. In der Wirtensfeld von 7 Jahren. Er f Betrunkentheit des J beim im 70er Krieg.

Die „Wein“-Wäh den Bezirk Deutsch den Wert von Weinstu nach der Mode älteste für Brauz betrumen f. Freiburg i. Br. gefür den Entlohnung das in Freiburg einem Dr. Schalligkeit oder Sond drei vielleicht nicht g allt, so bekommt man wort: „Lieber Herr, el mist müssen Sie sich Schieber und S den die beiden Inhabe Schandenmeyer wegen fgenommen, besleid Unterfällung von 10 Das Kottenfolter wu Spitalisationsgelder, v firma Anna Reimlinge

Drei Millionen für einer aus nur drei W Beugungsfähigkeit gegen inenlor als drei Millio

Starke Erhöhung den Marxineinfuhrlo Markt für das Wund 37 Mark des Wund.

Der Hundertmark werden kann, wird seit im in Reutdorf als Be Präzident zu dienen für d 1921.

Umfangreiche Win ericht der Kölner Wud allt worden. Die f Jahrestriegergebiet h-timm nach Holland ausgründ und Schwind-imand, es sah um frühes Obb verkauft wurde. Bis L Dörfendorf, Stuttgart u halt sich um 16 Eisenba werden auf dieselbe Be

Hand

Calw, 14. Okt. Bei dem Viehmarkt getrieben. Darunter 50 Rufe, 20 Kalbin Dreie bewegten sich be bei Rufen von 70 000— 70 000 bis 100 000 bis 46 000 M., je pr Viehmarkt ganz flau.

